

## Entwurf

### Eine Allianz der Parteien zum Schutz der Demokratie

Der Entwurf skizziert eine politische Allianz österreichischer Parteien (ÖVP, SPÖ, NEOS, Grüne) zum Schutz der Demokratie und zur Bildung einer stabilen, proeuropäischen Regierung. Ziel ist es, eine konstruktive Zusammenarbeit zu fördern, die Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte und eine nachhaltige Entwicklung sichert. Die wesentliche Herausforderung liegt darin, den Prozess zu starten: Vertrauen zwischen den Parteien aufzubauen, Risiken zu minimieren und einen klaren Verhandlungsweg zu etablieren. Die vernachlässigte Kommunikation der letzten Jahre sowie politische Unsicherheiten erschweren diesen ersten Schritt erheblich.

#### Zweck:

- Es gilt, den breiten Konsens zu bewahren und zu stärken, dass Österreich **eine konstruktive, proeuropäische, liberale parlamentarische Demokratie und ein Rechtsstaat** ist, in dem die Menschenrechte uneingeschränkt gelten.
- Die österreichischen Parteien müssen sich auf **neue Formen der Regierungsbildung und des Parlamentarismus** einstellen. Die veränderte politische Lage erfordert eine offenere und flexiblere Verhandlungsführung – sowie einen Plan B. Entscheidend sind die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat, zentrale Verteilungsfragen und die FPÖ-Agenda, die insbesondere in den Bereichen Verfassung, Sicherheit und Europa den bisherigen Konsens ablehnt.
- Dieser Entwurf basiert auf der Analyse und den Diskussionen eines Demokratie-Netzwerks, das aktive Politiker\*innen, Expert\*innen und Wissenschaftler\*innen vereint. Ziel ist es, in der aktuellen Lage einen Plan B für die Bildung einer neuen Bundesregierung zu entwickeln.

#### Ausgangslage:

- **Eine pro-demokratische und pro-europäische Lösung ist in mehreren Varianten realisierbar** – auch wenn die bisherigen Dreierverhandlungen dieses Ziel verfehlt haben.
  - Alle bekannten Gründe für den Abbruch der Verhandlungen (Prozess, Inhalte, Fehleinschätzungen, Personen) sind zu bewältigen.
  - In der richtigen Konstellation könnte eine solche Regierung sogar stabiler sein als frühere.
- Letztlich würde dies auf eine **politische Allianz von drei oder vier Parteien** (VP, SP, Neos, Grüne) hinauslaufen, die eine Regierung aus respektablen, fachlich kompetenten und politisch erfahrenen Mitgliedern unterstützt.

- Diese Parteien würden sich verpflichten, die Regierung nicht zu stürzen, auch weil sie daran kein eigenes Interesse hätten.
- Alle vier Parteien könnten von einer solchen Zusammenarbeit profitieren.
- Das Problem liegt nicht in der Form, denn diese wäre vorteilhaft für alle Beteiligten und würde demokratie-, EU- und sicherheitspolitisch deutliche Verbesserungen bringen. **Die eigentliche Hürde besteht darin einen Prozess zu starten und die Risiken zu minimieren**, die Parteien auf diesem Weg eingehen.
  - Die zentrale Herausforderung liegt darin, die Parteien für einen risikofreien Gesprächs- und Verhandlungsprozess zu gewinnen, der ihren Handlungsspielraum oder ihre politischen Chancen nicht gefährdet.
  - Problematisch ist, dass Beziehungen und Kommunikation zwischen den Parteien in den letzten Jahren vernachlässigt wurden.
  - Nach dem Abbruch der Verhandlungen wurden auch die Gespräche über die weitere Vorgangsweise abgebrochen.
  - Selbst öffentliche Aussagen hochrangiger SPÖ-Vertreter zur Realisierung alternativer Modelle blieben ohne konkrete Nachverfolgung.
  - Die ÖVP riskiert, durch nicht vertraulich geführte Kontakte die Option einer Zusammenarbeit mit der FPÖ zu verlieren und sich nach Neuwahlen in einer schlechteren Position wiederzufinden.
  - SPÖ und Gewerkschaft haben keine Garantie, dass die ÖVP daran interessiert ist, einen ausgearbeiteten Plan B als Option bereits jetzt vorzubereiten.
- **Die erste Herausforderung besteht darin, geeignete Gesprächspartner zu finden** und Vertrauen aufzubauen. Dies ließe sich überwinden, wenn eine oder mehrere glaubwürdige und geeignete Personen die Initiative ergreifen, um Gespräche zu erleichtern.
- **Eine klare Bestätigung des Interesses durch die ÖVP wäre notwendig**, um intern und parteiübergreifend einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten. Die bloße Annahme, dass die ÖVP in naher Zukunft einen Plan B benötigen könnte, reicht nicht aus, um bereits jetzt Ideen zu formulieren und zu übermitteln.
- Sachthemen wie die Budgetkonsolidierung wirken abschreckend, obwohl sie laut Expert\*innen mit einem klar definierten Prozess und der richtigen Expertise lösbar wären.

#### **Ausweg aus dem Dilemma:**

- Ohne **entschlossenes und gemeinsames Handeln** der pro-demokratischen Parteien sind weder ihr Erfolg noch die Zukunft der Demokratie gesichert.

- Eine klar **strukturierte und zielorientierte Vorgehensweise** ist entscheidend.
- **Ein Vorschlag kann von ÖVP oder SPÖ kommen** – entscheidend ist, dass beide wissen, dass die andere Partei an der Vorbereitung eines Plan B interessiert ist.
- Die Einbindung der NEOS und der Grünen würde die Umsetzbarkeit, die Stabilität einer Regierung und den Nutzen für alle Beteiligten stärken.
- Eine solide Budgetkonsolidierung bis 2031 und eine gerechte Lastenverteilung sind für beide Parteien essenziell. Trotz gescheiterter Verhandlungen halten Expert\*innen einen Konsens für machbar.
- Eine frühzeitige Zusammenarbeit der pro-demokratischer Kräfte ist essenziell – **Verzögerungen würden Österreich und den Parteien massiv schaden.**

#### **Vorschlag für ein konsensfähiges Modell:**

- **Eine politische Allianz**, die eine konstruktive und widerstandsfähige Demokratie sichert, die Gewaltenteilung stärkt, Rechtsstaatlichkeit, Bürger- und Menschenrechte, die soziale Marktwirtschaft sowie einen unabhängigen Journalismus gewährleistet und eine nachhaltige Entwicklung, Budgetkonsolidierung und Wachstum fördert.
- **Eine stabile, fachlich und politisch kompetente Bundesregierung** mit demokratiepolitisch verlässlichen Regierungsmitgliedern: Eine Bundesregierung, die von allen Parlamentsklubs der Allianz getragen wird. Regierungsmitglieder mit hoher fachlicher Kompetenz im jeweiligen Ressort, politischem Geschick, Teamfähigkeit, Vertrauenswürdigkeit und demokratiepolitischer Verlässlichkeit.
- **Eine Weiterentwicklung des österreichischen Parlamentarismus:** Ein Nationalrat, der als Arbeitsparlament agiert, vorausschauend und strategisch arbeitet, offen, transparent und deliberativ zur Meinungsbildung beiträgt sowie in der Gesetzgebung und Evaluierung eine zentrale Rolle einnimmt – u.a. durch eine inhaltlich-politische Abstimmung innerhalb der Allianz, parlamentarische Berichterstattung zur Begleitung des Gesetzgebungsprozesses und einen EU-Hauptausschuss, der für Information und Meinungsbildung sorgt.

#### **Rahmenbedingungen für eine konstruktive Zusammenarbeit:**

- Eine konstruktive politische Zusammenarbeit erfordert eine klare Vision und langfristige Strategie. Die beteiligten Akteur\*innen müssen gemeinsame Ziele definieren, eine überzeugende Zukunftsvision für Österreich entwickeln und sich gleichzeitig auf mögliche Krisenszenarien vorbereiten. Ein durchdachter Plan B kann dabei helfen, Herausforderungen schneller und effektiver zu bewältigen.

- Um diese Vision umzusetzen, braucht es klare Strukturen und effiziente Prozesse. Die Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb der politischen Steuerung müssen eindeutig geklärt und die Regierungsarbeit in kurze, klar definierte Schritte unterteilt werden. Moderierte Veränderungsprozesse und verbindliche Resolutionen schaffen die Grundlage für nachhaltige Kooperationen und sichern die notwendige Verbindlichkeit.
- Transparenz und Vertrauen sind essenzielle Voraussetzungen für eine funktionierende Zusammenarbeit. Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar gestaltet und das Vertrauen zwischen Akteur\*innen gezielt aufgebaut werden.
- Ein effektives Stakeholder- und Umfeldmanagement hilft, destruktive Dynamiken zu vermeiden und gezielte Desinformation zu bekämpfen. Externe Akteur\*innen dürfen keinen übermäßigen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben.
- Eine lebendige politische Kultur basiert auf einer ausgeprägten Streit- und Kompromisskultur. Unterschiedliche Positionen sollten akzeptiert und als Bereicherung genutzt werden, um eine lebendige parlamentarische Zusammenarbeit zu fördern. Eine Balance zwischen Profilierung und Kompromissbereitschaft ist hierbei entscheidend.
- Die Medien spielen eine Schlüsselrolle in der politischen Kommunikation. Eine moderne Medienstrategie ist erforderlich, um demokratiestärkende Formate und Plattformen zu schaffen. Polarisierende und spaltende Tendenzen in der Gesellschaft, die durch Medien verstärkt werden können, müssen aktiv entgegengewirkt werden.
- Reformen und institutionelle Ansätze sind notwendig, um die Demokratie zu stärken. Dazu gehören ein Compliance Management und die Umsetzung innovativer Leuchtturmprojekte. Politische Lernprozesse aus früheren Krisen sollten analysiert und genutzt werden.
- Die Regierungsbildung erfordert klare interne Strukturen und Prozesse. Ein fokussiertes Regierungsprogramm, die Klärung von Rollen sowie die Bearbeitung persönlicher und politischer Konflikte sind grundlegende Bausteine. Innerparteiliche Einigkeit über den Willen zur Zusammenarbeit ist unerlässlich, um tragfähige Kompromisse zu erreichen.
- Eine verantwortungsvolle politische Kultur muss gefördert werden, indem Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen übernommen und destruktives Verhalten konsequent unterbunden wird. Entscheider\*innen sollten ihre Positionen klar vertreten und sich auf nachhaltige Lösungen fokussieren.
- Schließlich müssen gesellschaftliche Herausforderungen wie Polarisierung und Spaltung aktiv adressiert werden. Faire Lösungen bei Verteilungsfragen sowie der Schutz der europäischen Ausrichtung Österreichs spielen dabei eine zentrale Rolle. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Expert\*innen können innovative Ansätze für eine stabile und zukunftsorientierte Demokratie entwickelt werden.